



Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, den 11.12.2015

Die fetten Jahre sind vorbei IV

Antrag

Einsparpotential im dreistelligen Millionenbereich durch Digitalisierung und E-Government realisieren

Die Verwaltung wird gebeten, dem Stadtrat die Studie „Effizientes E-Government“ (Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement KGSt, 2011) und das Gutachten „E-Government in Deutschland: Vom Abstieg zum Aufstieg“ (Nationaler Normenkontrollrat, 2015) vorzustellen und deren Anwendbarkeit auf die Landeshauptstadt München darzulegen. Auf dieser Basis werden dem Stadtrat Vorschläge für Einsparungen durch Digitalisierung städtischer Prozesse zur Entscheidung vorgelegt.

Begründung:

Bürgerinnen und Bürger sind etwa bei privaten Einkäufen im Internet gewohnt, fast alles digital erledigen zu können – von der Bestellung über die Bezahlung bis zur Auftragsnachverfolgung („... wo liegt mein Paket gerade?“). Moderne Unternehmen haben dementsprechend auch ihre internen Prozesse weitgehend digitalisiert. Öffentliche Verwaltungen hinken hier oft hinterher. Dies kostet Bürgerinnen und Bürger Zeit und Nerven - und die Verwaltung viel Geld.

Studien eines Verbandes der deutschen Kommunen sowie eines Beratungsgremiums der Bundesregierung haben aufgezeigt, welche (Einspar-)Potentiale in Digitalisierung und E-Government liegen, aber selten gehoben werden.

In der IT-Modellkommune Gütersloh kann man z.B. schon Gewerbe online ab- oder anmelden, es gibt ein Onlinefundbüro und bald ist über ein Bürgerkonto die Ausgabe von Melde- und Aufenthaltsbescheinigungen möglich. So weit sind aber die meisten Kommunen noch nicht – auch München nicht.

Die Studie der KGSt hat festgestellt, dass bei 70 % der Kernprozesse einer Verwaltung ein Einsparpotential von 20-40 % durch E-Government liegt:

„Kommunen bieten Leistungen in einer sehr großen Breite an, eine Großstadt kommt auf insgesamt über 3000 Prozesse, eine Kreisverwaltung auf etwa 1500. Allerdings binden lediglich 10 bis 20 Prozent dieser Prozesse 80 bis 90 Prozent der Personalressourcen in der Kommune. Diese Prozesse sind die Kernprozesse der Kommune. Maßnahmen zur Prozessoptimierung sollten sich zunächst auf diese Prozesse konzentrieren. Gleichzeitig bieten rund 70 % dieser Prozesse Optimierungspotenziale durch E-Government.

Detaillierte Analysen im Rahmen der Studie haben ein Kosteneinsparpotenzial durch Prozessoptimierung mittels E-Government im Front-Office und im Back-Office von 20 bis

40 Prozent identifiziert. Auch wenn diesen noch die konkreten Investitionskosten gegenüber gestellt werden müssen, lassen sich hier mittel- bis langfristig erhebliche Einsparpotenziale absehen. Die Potenziale liegen an der Schnittstelle zum Kunden (Front-Office), zum Beispiel durch elektronische Anträge, insbesondere aber in der Verwaltung selbst. Prozessoptimierung mit E-Government sollte sich daher zunächst auf die ermittelten Kernprozesse konzentrieren.“

(<https://www.kgst.de/themenfelder/informationsmanagement/e-government/effizientes-e-government.dot>)

Das Gutachten des Nationalen Normenkontrollrats besagt , dass „die Digitalisierung von TOP-60-Verwaltungsprozesse[n] [...] ein durchschnittliches Einsparpotential von 34 % der derzeitigen Verwaltungsaufwände“ in sich birgt

(http://www.normenkontrollrat.bund.de/Webs/NKR/Content/DE/Download/2015_11_12_gutachten_egov_2015.pdf?__blob=publicationFile&v=6; S.3). Laut dieser Studie betragen die Investitionskosten für eine konsequente Digitalisierung 14 % der laufenden jährlichen IT-Kosten der Verwaltung, was auf die Landeshauptstadt München bezogen ca. 35 Mio. Euro wären.

Wenn man angesichts von Personalkosten von 1,7 Mrd. Euro im Jahr die genannten Einsparpotentiale auf München bezogen errechnet, kommt man auf ein Potential von 200 bis 400 Mio. Euro im Jahr. Wenn auch nur ein Teil davon realisiert würde, könnte man ein Mehr an Bürgerfreundlichkeit mit einem Weniger an Kosten im erheblichen Umfang verbinden. Dabei müssten jedoch vertraute und gewohnte Arbeitsweisen auf den Prüfstand gestellt und einige der üblichen Bedenken relativiert werden.

Wir bitten, wie in der Geschäftsordnung des Stadtrates vorgesehen, um eine fristgemäße Bearbeitung unseres Antrages.

Fraktion Die Grünen – rosa liste

Dr. Florian Roth	Gülseren Demirel	Katrin Habenschaden	Hep Monatzeder
Paul Bickelbacher	Herbert Danner	Lydia Dietrich	Anna Hanusch
Jutta Koller	Dominik Krause	Sabine Krieger	Sabine Nallinger
Thomas Niederbühl	Oswald Utz		

Mitglieder des Stadtrates

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus



München, den 25.10.2016

Die Daten sollen laufen, nicht die Menschen 1: München wird E-Government-Hauptstadt

Antrag

Die Stadtverwaltung erstellt ein Konzept, wie die Landeshauptstadt München bis 2020 deutschsprachige E-Government-Hauptstadt wird – dazu gehört ein System von messbaren Zielen und Maßnahmen.

Begründung

München führt eine Reihe von Ranglisten an. Doch im Bereich E-Government ist sie inzwischen nur noch Mittelmaß. In der Studie „E-Government in Deutschland. Eine Bürgerperspektive“¹ schneidet München z.B. schlechter ab als Berlin, Düsseldorf, Hamburg und Bonn (die in dieser Reihenfolge die Liste der untersuchten Kommunen anführen) und erreicht im Bereich „E-Abwicklung“ nur die Note „schwach“.

Um beim Thema E-Government wirklich voranzugehen, eigene Impulse zu setzen und die angebotenen Online-Services ambitioniert auszubauen, muss sich die Stadt ein großes Ziel setzen: München beim E-Government Maßstäbe setzen und bis 2020 die E-Government-Hauptstadt im deutschsprachigen Raum werden. Für dieses ehrgeizige Ziel benötigt es ehrgeizige Planungen und ein ehrgeiziges Konzept. Die Stadtverwaltung sollte daher ein System von Zielen und Maßnahmen entwickeln, die E-Government in München mit größtmöglicher Geschwindigkeit vorantreiben – um in vier Jahren tatsächlich eine Vorreiterposition im deutschsprachigen Bereich zu erlangen.

Fraktion Die Grünen-rosa liste

Initiative:

Dr, Florian Roth
Dominik Krause
Lydia Dietrich

Mitglieder des Stadtrates

1 https://www.mckinsey.de/sites/mck_files/files/e-government_in_deutschland_eine_buergerperspektive.pdf, bes. S.

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus



München, den 25.10.2016

Die Daten sollen laufen, nicht die Menschen 2: Online-Dienste von anderen Kommunen testen und auf München übertragen

Antrag

Die Verwaltung prüft, welche Online-Dienste von anderen Kommunen (insbesondere jene, die in der Studie „E-Government in Deutschland – Eine Bürgerperspektive“¹ als vorbildhaft erwähnt sind) auf München übertragbar sind. Dabei sollen u.a. im Fokus stehen:

- Gewerbe online an- und abmelden (z.B. in Gütersloh², Berlin³, Wuppertal, Wien)
- Aufenthalts- und Meldebescheinigungen online (Nürnberg⁴, Gladbeck⁵)
- Termine online in allen Bereichen vereinbaren (Berlin⁶)
- Überprüfung, ob Formulare für wichtige Lebenslagen, welche durch andere gesetzliche Ebenen (z.B. Elterngeld) geregelt werden, überall korrekt verlinkt sind (Berlin, Bonn, Düsseldorf, Hamburg)
- Die E-Government-Dienste von Wien („Virtuelles Amt“⁷) und Salzburg⁸ im Allgemeinen

Begründung

E-Government ist in aller Munde. Weltweit machen sich Kommunen, Regionen und ganze Staaten auf, um immer mehr Services online anzubieten. Auch im deutschsprachigen Raum gibt es, von Kommune zu Kommune verschieden, viele Best-Practice-Modelle für Online-Bürgerdienste. Dieses durchaus große Potential sollte die Stadt München nutzen. Getreu dem Motto, dass das Rad nicht immer neu erfunden werden muss, kann die Stadt viel von der Vorarbeit anderer Kommunen profitieren. Nicht jedes Angebot passt immer eins zu eins auf die Münchner Bedürfnisse, jedoch sind viele Städte schon viele Wege gegangen welche sich die Stadt München unbedingt ansehen sollte. Eine Auseinandersetzung mit dem Angebot anderer Kommunen bietet zudem immer die Möglichkeit, das eigene Portfolio kritisch zu hinterfragen und Verbesserungen zu initiieren.

1 https://www.mckinsey.de/sites/mck_files/files/e-government_in_deutschland_eine_buergerperspektive.pdf

2 <https://navigaweb.de/guetersloh/emeldung/?op=emeldung-betrieb-erlaubnis&gmid=120713>

3 <https://www.berlin.de/ea/emeldung/emeldung/?op=emeldung-start-meldeart&gmid=24035>

4 https://www.nuernberg.de/internet/einwohneramt/bescheinigung_melderegister.html

5 https://www.gladbeck.de/Rathaus_Politik/Rathaus/BuergerService.asp?seite=angebot&id=1363
<https://pdf.form-solutions.net/servlet/de.formsolutions.FillServlet?sid=63k5941087375426&1=d.pdf>

6 <https://service.berlin.de/terminvereinbarung/>

7 <https://www.wien.gv.at/amtsheifer/index.html>

8 <https://www.stadt-salzburg.at/internet/service/egovernment.htm>

In der Studie „E-Government in Deutschland – eine Bürgerperspektive“ werden z.B. viele vorbildliche Angebote aus deutschen Kommunen vorgestellt. Berlin, Düsseldorf, Hamburg und Bonn schneiden übrigens in diesem Vergleich besser ab als München.

Fraktion Die Grünen-rosa liste

Initiative:

Dr. Florian Roth
Dominik Krause
Lydia Dietrich
Mitglieder des Stadtrates

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus



München, den 25.10.2016

Die Daten sollen laufen, nicht die Menschen 3: Stärkung des E-Government durch Kompetenzbündelung an einer Stelle und klarer Priorisierung der Vorhaben

Antrag

Die Position einer/s E-Government-Beauftragten wird eingerichtet; diese Person wird direkt dem Oberbürgermeister unterstellt ist (entweder als Stabsstelle beim Oberbürgermeister oder als Referent/in eines neuen IT-Referats). Sie wird mit der Kompetenz ausgestattet, in Absprache mit den Referaten und den Eigenbetrieben eine klare Priorisierung der Maßnahmen im Bereich von E-Government vorzunehmen und diese dann umzusetzen (dazu gehören nicht nur die Schnittstellen zwischen Verwaltung und Bürgerschaft, sondern auch die internen Prozesse der Stadtverwaltung). Die Services mit den höchsten Fallzahlen, den höchsten Kosten und den höchsten Einsparpotenzialen sollten hierbei als erste angegangen werden. Dem Stadtrat wird die Liste der Maßnahmen bis Ende 2017 vorgelegt.

Begründung

Die Stadt München beleuchtet gerade alle Möglichkeiten, ihre IT neu aufzustellen und sie leistungsstärker und effizienter zu machen. Dies erfordert klar geregelte Strukturen und Verantwortlichkeiten - neben der Aufgabe eines CIO auch die Verantwortlichkeit einer/eines zentralen Leiterin/Leiters für das E-Government. Um sicherzustellen, dass die Entwicklung der Stadt München in diesem wichtigen Bereich Schritt mit dem Gang der technischen Möglichkeiten hält, und auch, damit sich das städtische Angebot an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientiert, ist die Einrichtung einer koordinierenden Stelle erforderlich. Da sich auch rechtliche Rahmenbedingungen ständig verändern und dadurch vormals verbaute Wege plötzlich frei werden oder bestehende Angebote an neue Rechtslagen angepasst werden müssen, benötigt die Stadt die Möglichkeit schnell zu reagieren.

Fraktion Die Grünen-rosa liste

Initiative:

Dr. Florian Roth
Dominik Krause
Lydia Dietrich

Mitglieder des Stadtrates

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus



München, den 25.10.2016

Die Daten sollen laufen, nicht die Menschen 4: Barcamp zu E-Government in München organisieren

Antrag

Die Stadtverwaltung führt ein Barcamp nach Gov 2.0 (<http://www.gov20.de/> mit Unterstützung des Bundesministeriums des Inneren), bzw. der Städte Wien oder Wellington (Neuseeland) zum Thema E-Government durch. Hierbei werden sowohl TeilnehmerInnen aus Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft, Medien als aber auch gezielt junge Menschen angesprochen. Die Ergebnisse des Barcamps werden dem Stadtrat vorgestellt.

Begründung

Ein Barcamp entspricht vom Design einer Konferenz. Jedoch mit dem entscheidenden Unterschied, dass alles etwas offener ist. Die Kleidung legerer, die Diskussionen in keinsten Weise gedeckelt, die Möglichkeiten neue Themen anzusprechen sind immer da. Ein solches Format bietet sich, in Zusammenspiel mit den bereits vorhandenen Open-Government-Tagen, gerade zu an, um das Thema E-Government aus den verschiedensten Blickrichtungen zu beleuchten. Kommen bei den traditionellen Konferenzen vor allem Menschen aus Verwaltung und Wissenschaft zu Wort, so können hier ganz unterschiedliche Zielgruppen angesprochen und erreicht werden. Gerade jüngere Menschen, für welche das Nutzen von E-Angeboten eine Selbstverständlichkeit ist, können auf diese Weise miteinbezogen werden und ein Stück weit die Zukunft des digitalen Angebots der Stadt gestalten.

Fraktion Die Grünen-rosa liste

Initiative:

Dr, Florian Roth
Dominik Krause
Lydia Dietrich

Mitglieder des Stadtrates

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus



München, den 25.10.2016

Die Daten sollen laufen, nicht die Menschen 6: Wissenschaftliche Begleitung des E-Government-Prozesses

Antrag

Die Landeshauptstadt München sucht sich im Bereich der Universitäten / Hochschulen einen Partner, der den E-Government-Prozess der Stadt wissenschaftlich begleitet. Dabei soll dieser Partner sowohl bereits umgesetzte Maßnahmen auf ihre Wirksamkeit hin überprüfen als auch zukünftige Felder analysieren. Dem Stadtrat werden die Ergebnisse der Begleitung laufend dargestellt.

Begründung

Wenn sich die Landeshauptstadt München ihren Weg fortsetzt, E-Government-Verfahren weiterzuentwickeln, ist es unerlässlich, diesen Prozess wissenschaftlich zu begleiten - so wie das auch andere Städte wie etwa Wien tun. Damit können durch externen Rat (etwa durch ein Hochschulinstitut) Impulse gesetzt und Qualität gesichert werden.

Fraktion Die Grünen-rosa liste

Initiative:

Dr, Florian Roth
Dominik Krause
Lydia Dietrich

Mitglieder des Stadtrates

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus



München, den 25.10.2016

Die Daten sollen laufen, nicht die Menschen 7: Städte entwickeln Services gemeinsam

Antrag

Die Landeshauptstadt München entwickelt zusammen mit anderen Städten Umsetzungsstrategien, wie zentrale Services online angeboten werden können. Dabei ist darauf zu achten Synergieeffekte zu nutzen, um Kosten zu sparen.

Begründung

In Bereichen, in denen es bisher nicht gelungen ist, effiziente E-Government-Dienste umzusetzen, kann es sinnvoll sein, dass mehrere Kommunen kooperieren, um Umsetzungsstrategien sowie IT-Lösungen zu entwickeln. Dies kann oftmals effizienter sein, als sich jeweils alleine und parallel auf den Weg zu machen. Auch in der Studie „E-Government in Deutschland – Eine Bürgerperspektive“ wird als Handlungsempfehlung formuliert, dass „einige Vorreiter-Städte wegbereitende E-Government-Services gemeinsam entwickeln“¹ sollten.

Fraktion Die Grünen-rosa liste

Initiative:

Dr, Florian Roth
Dominik Krause
Lydia Dietrich

Mitglieder des Stadtrates

1 https://www.mckinsey.de/files/e-government_in_deutschland_eine_buergerperspektive.pdf, S.15

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus



München, den 25.10.2016

Die Daten sollen laufen, nicht die Menschen 10: Von der intelligentesten Stadt Europas lernen

Antrag

Die Stadtverwaltung stellt dem Stadtrat vor, wie die spanische Stadt Santander digitale Daten (die größtenteils durch Sensoren erhoben werden) und Technik für einen besseren Service und höhere Energieeffizienz nutzt, und unterbreitet Vorschläge, welche dieser Angebote auch in München umsetzbar wären.

Begründung

Die spanische Stadt Santander ist laut ARD-Weltspiegel „die intelligenteste Stadt Europas“ (<http://www.daserste.de/information/politik-weltgeschehen/weltspiegel/sendung/santander-spanien-smart-100.html>). In Santander wurde über eine Vielzahl von Maßnahmen erreicht, dass die Stadt ihre Energiekosten drastisch senken konnte, die Parkraumbewirtschaftung effizienter läuft und Ressourcen wie Wasser geschont werden. Dadurch spart sich die Stadt Santander einerseits viel Geld und wurde andererseits zu einem Leuchtturm im Bereich der Smart Cities. Maßnahmen die in Santander ergriffen wurden sind u.a.

- Mülltonnen, die selbst melden, wenn sie voll sind
- Rasensprenger, die automatisch in Gang gesetzt werden, wenn Sensoren trockenen Boden melden
- Sensoren, die über die Parkplatzsituation in der Innenstadt informieren

All diese Möglichkeiten könnten auch in München genutzt werden. In Zeiten, in denen schwierige Haushaltsjahre drohen, können solche Maßnahmen ein sehr sinnvoller Weg sein, um Finanzen und Ressourcen zu schonen. Gleichzeitig erreicht die Stadt Santander durch dieses System eine gewisse Steuerungshoheit, welche den BürgerInnen Verlässlichkeit signalisiert. Die Stadt ist in der Lage, die Systeme schnell zu modifizieren, sie an- und abzuschalten, Fehler zu beheben und neue Effizienzvorschläge einzuspeisen.

Fraktion Die Grünen-rosa liste

Initiative:

Dr. Florian Roth, Dominik Krause, Lydia Dietrich, Jutta Koller
Mitglieder des Stadtrates

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus



München, den 25.10.2016

Die Daten sollen laufen, nicht die Menschen 11: Ein Online-Innovationsportal für München nach dem Motto: *Wir haben 1,5 Millionen Gehirne. Nutzen wir sie!*

Antrag

Die Landeshauptstadt München erstellt ein Online-Innovations-Portal, in dem Bürgerinnen und Bürger neue Ideen für die Stadt einbringen und darüber in einem Forum diskutieren können. Für diesen riesigen Thinktank der Stadtgesellschaft mit dem Ziel, die Stadt smarter zu machen, werden auch Preise für die besten Ideen ausgelobt.

Begründung

München hat mittlerweile etwas mehr als 1,5 Millionen EinwohnerInnen. Die Prognosen besagen, dass in 2030 bereits 1,78 Millionen Menschen in dieser Stadt leben werden. Dieses Bevölkerungswachstum stellt die Stadt vor große Herausforderungen auf der einen Seite, bietet jedoch auch große Chancen auf der anderen Seite. In München leben und arbeiten sehr viele Hochqualifizierte. Viele BürgerInnen in der Stadt bringen Ideen mit, was man verändern, verbessern, oder neu einführen könnte. Bisher werden diese Ideen hauptsächlich in den Bürgersprechstunden und Bürgerversammlungen der einzelnen Stadtbezirke gesammelt. Der große Nachteil hierbei ist: Diese Veranstaltungen finden nur selten statt. Ideen entstehen jedoch jederzeit und sind, wenn sie nicht sofort notiert werden, oft auch wieder verflogen. Mit der Möglichkeit, online seine Ideen einzuspeisen, bietet sich den BürgerInnen eine neue Perspektive. Die Ideen und Anregungen können sofort in die Stadtgesellschaft eingebracht, diskutiert, modifiziert und weiterentwickelt werden. Bei der enormen Menge an möglichen Usern würde somit der größte Thinktank der Stadt entstehen. Jede/r kann sich beteiligen, mitdiskutieren und dazu beitragen, die Stadt München smarter zu machen und Veränderungen auch in Bürgerhand zu legen. Mit dem Anreiz der Prämierung der besten Ideen wird dieses Instrument noch attraktiver. Eine Online-Plattform in dieser Art ist sehr schnell gestaltet bzw. lässt sich sehr einfach erwerben, so dass die Stadt mit einem solchen Instrument sehr schnell starten könnte.

Fraktion Die Grünen-rosa liste

Initiative:

Dr, Florian Roth
Dominik Krause
Lydia Dietrich
Mitglieder des Stadtrates

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus



München, den 25.10.2016

Die Daten sollen laufen, nicht die Menschen 12: Veranstaltungsanmeldung online

Antrag

Die Verwaltung entwickelt ein Verfahren durch welches sich Veranstaltungen (Versammlungen, Infostände etc.) online anmelden lassen.

Begründung

Die Anmeldung von Veranstaltungen ist oft ein recht komplizierter Prozess. Es wäre daher sinnvoll, hier ein einfaches Online-Tool zu entwickeln, das die Anmeldung erleichtert.

Fraktion Die Grünen-rosa liste

Initiative:

Dr, Florian Roth
Dominik Krause
Lydia Dietrich

Mitglieder des Stadtrates

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus



München, den 25.10.2016

Die Daten sollen laufen, nicht die Menschen 13: Open Data in München kostenfrei anbieten

Antrag

Alle Datensätze, die die Landeshauptstadt München in ihrem Open-Data-Portal veröffentlicht, werden grundsätzlich kostenfrei angeboten.

Begründung

Die Erhebung von Daten der Landeshauptstadt München wird durch Steuergelder finanziert. Deshalb sollten sie der Bürgerschaft auch kostenfrei zur Verfügung gestellt werden (damit sie dafür nicht sozusagen zweimal bezahlt). Außerdem steht der bürokratische Aufwand, der damit verbunden ist, (meist geringe) Gebühren zu erheben und ein Bezahlssystem einzurichten in keinem Verhältnis zu dem winzigen Anteil an der Refinanzierung des gesamten Systems. Hinzu kommt, dass solche System Barrieren darstellen, die etwa einem direkten Herunterladen von Datensätzen entgegenstehen. Schließlich ist mit der Nutzung von Daten (etwa zur Entwicklung nützlicher Apps) durch Zivilgesellschaft und Wirtschaft oft ein gesellschaftlicher und volkswirtschaftlicher Nutzen verbunden.

Fraktion Die Grünen-rosa liste

Initiative:

Dr, Florian Roth
Dominik Krause
Lydia Dietrich

Mitglieder des Stadtrates

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus



München, den 25.10.2016

Die Daten sollen laufen, nicht die Menschen 14: Gutachten der Konrad Adenauer Stiftung zum volkswirtschaftlichen Nutzen von Open Data vorstellen

Antrag

Dem Stadtrat wird das Gutachten der Konrad-Adenauer-Stiftung zum volkswirtschaftlichen Nutzen offener Verwaltungsdaten („Open Data. The Benefits. Das volkswirtschaftliche Potential für Deutschland“¹) vorgestellt. Daraus werden Handlungsempfehlungen für München abgeleitet.

Begründung

Die Studie beziffert den volkswirtschaftlichen Mehrwert von offenen Verwaltungsdaten mit 43,1 Mrd. Euro pro Jahr und geht davon aus, dass damit bis zu 20.000 Arbeitsplätze geschaffen werden könnten. Daraus werden auch konkrete Handlungsempfehlungen abgeleitet. Es ist sinnvoll, diese Studie dem Münchner Stadtrat vorzustellen, ihre Anwendung auf München zu beleuchten und daraus auf München bezogene Handlungsempfehlungen abzuleiten.

Fraktion Die Grünen-rosa liste

Initiative:

Dr, Florian Roth
Dominik Krause
Lydia Dietrich

Mitglieder des Stadtrates

1 http://www.kas.de/wf/doc/kas_44906-544-1-30.pdf?160418125028

[MünchenSPD Stadtratsfraktion](#) ■ [Rathaus](#) ■ [80313 München](#)

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

Anne Hübner
Bettina Messinger
Haimo Liebich
Hannes Kaplan
Christian Vorländer

Simone Burger
Horst Lischka
Alexander Reissl
Jens Röver

Stadtratsmitglieder

München, 08.12.2016

München analog digital: 20 unter 20.000 Euro

Antrag

Die Stadtverwaltung vergibt für die Programmierung von bis zu 20 Apps, von denen Münchnerinnen und Münchner bei Behördengängen profitieren bzw. die solche sogar vermeiden können, Prämien in Höhe von je maximal 20.000 Euro.

Die Prämien sind ausschließlich für Privatpersonen, Studenten, kleine und mittelständische Unternehmen sowie Start-Ups vorzusehen.

Begründung

Viele gute Ideen, um das E-Government der Landeshauptstadt München voranzubringen, sind für wenig Geld zu haben.

So könnte eine kleine App beispielsweise die aktuelle Nummer und die voraussichtliche Wartezeit im Bürgerbüro anzeigen. So könnte man zwischen Nummer ziehen und Pass beantragen noch schnell einen Kaffee trinken gehen oder Einkäufe erledigen.

Die Prämien sollen unbürokratisch an Privatpersonen, Studenten, Start-Ups, Vereine oder kleine Unternehmen gehen, die gute Ideen haben und bereit sind, ihr Know-How in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen.

gez.

Anne Hübner
Bettina Messinger
Haimo Liebich
Hannes Kaplan
Christian Vorländer

Simone Burger
Horst Lischka
Alexander Reissl
Jens Röver

Stadtratsmitglieder

MünchenSPD Stadtratsfraktion

Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 0 89- 23 39 26 27, Fax: 0 89- 23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de


